

2569/J XX.GP

der Abgeordneten Heide Schmidt, Maria Schaffenrath und PartnerInnen
an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
betreffend jahrelange Versäumnisse in der Bildungspolitik und die
Kostenexplosion im Schulbereich

In einer modernen Industriegesellschaft kommt der Qualität des Schul- und Bildungssystems seit jeher ein hoher Stellenwert zu. Ein demokratischer Zugang zu Bildungsinstitutionen, ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung, qualifizierte FacharbeiterInnen und AkademikerInnen waren und sind die Grundpfeiler einer konkurrenzfähigen Wirtschaftsstruktur ebenso wie einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben die Bedeutung von Bildung und Ausbildung für den wirtschaftlichen Wohlstand eines Staates noch um vieles erhöht: In Zeiten eines durch europäische Integration und globalen Standortwettkampf verschärften Wettbewerbes, in Zeiten eines beschleunigten technologischen Wandels, in der die Halbwertszeit von Fachwissen beständig sinkt, in Zeiten dynamischer wirtschaftlicher Veränderungsprozesse wird Bildung zu einem Schlüsselfaktor im Wettbewerb der Staaten untereinander.

Die meisten Länder der Europäischen Union und viele Staaten außerhalb Europas haben diese neuen Herausforderungen an die Qualität und Leistungsfähigkeit von Schule und Bildung seit Beginn der 90er Jahre zum Anlaß genommen, ihre nationalen Bildungssysteme neu zu ordnen, zu modernisieren und in ihrer Effizienz zu steigern. Trotz aller Unterschiede in den einzelnen Reformansätzen lassen sich auf bildungspolitischer Ebene einige europaweite Trends feststellen:

Die Neuverteilung der pädagogischen Macht: Es gibt in vielen europäischen Ländern einen Trend zur Verlagerung der finanziellen, curricularen und pädagogischen Kompetenzen auf die Ebene der einzelnen Schulen. Die Stichworte dazu lauten: Dezentralisierung, Deregulierung und Autonomisierung.

Die Gemeinsame Schule - Gesamtschule: Die große Mehrheit der europäischen Länder hat die Sekundarschulen bis zum Ende der Schulpflicht in Gesamtschulen mit innerer Differenzierung umgewandelt. Lediglich die deutschsprachigen Länder behalten nach wie vor die frühe schulische Auslese für getrennte Schultypen auf der Sekundarstufe 1 bei.

Kerncurricula und individuelle Profile: In den meisten europäischen Ländern hat in den letzten Jahren insofern eine 'Revolution' stattgefunden, als das Lehren und Lernen von traditionellen Routinen und überkommenen Ritualen, d.h. von ‚Verschulung‘ befreit wurde. Statt Jahrgangsklassen: Arbeit in Gruppen, statt Stundeneinteilung: Lernphasen, statt Fachgrenzen: Projektunterricht, etc. Die Lehrpläne für Sekundarschulen sind zumeist nicht mehr staatlich verordnete Pakete von 12 bis 14 Pflichtfächern, sondern Kombinationen von verbindlichen Kernbereichen und Wahlfächern, mit denen ein individuelles Qualifikationsprofil gebildet werden kann.

Österreich ist bei allen diesen Trends jedoch die Ausnahme: Das österreichische Schulsystem hinkt diesen Entwicklungen nicht nur weit hinterher, die österreichische Bildungspolitik ist seit Jahrzehnten festgefahren und durch verschiedene Faktoren blockiert:

Der Selbstfesselungsstrick einer europaweit einzigartigen 2/3-Gesetzgebung bei wesentlichen Bildungsmaterien verhindert seit Jahrzehnten eine sinnvolle Weiterentwicklung der Schulgesetzgebung. Auch die seit 1995 vorhandene 2/3-Mehrheit der Regierungskoalition konnte den absoluten Reformstillstand nicht überwinden. Das ideologische Scheingefecht ist hier allemal noch wichtiger als vernünftige Weichenstellungen im Bildungsbereich.

Die Festschreibung des proporzmäßigen Parteieneinflusses im Schulbereich (über den verfassungsmäßig verankerten Proporz bei den Landesschulräten) führt mit ihren kartellähnlichen Strukturen zu einer zusätzlichen Lähmung aller Reformabsichten. Wesentlich ist nicht die Qualität bei der Besetzung wichtiger Funktionen, wesentlich ist die Einhaltung der Proporzregeln. Innovative Projekte und neue Ideen werden bestenfalls in Schulversuche ausgelagert und dort belassen.

An eine Überführung ins Regelschulwesen ist nicht gedacht.

Gleichzeitig ist das österreichische Schulsystem geprägt von zentralistischen, planwirtschaftlichen Strukturen, mit allen Auswüchsen an Ineffizienz und Vergeudung von Ressourcen und Engagement, wie dies durch fehlenden Wettbewerb immer bewirkt wird. Bürokratisierung und Verpragmatisierung als wesentliches Strukturmerkmal führen zu einer generellen Leistungsfeindlichkeit, zu einer außerordentlich ungerechten Einkommensverteilung bei den Lehrenden und zu Demotivation und innerer Kündigung als Massenphänomen des pädagogischen Sektors.

Wenn das österreichische Schul- und Bildungssystem dennoch im internationalen Vergleich bestehen kann und die Ausbildung unserer Jugend nach wie vor auf hohem Niveau stattfindet, dann ist das nicht das Ergebnis der Bildungspolitik

der letzten Jahre, sondern trotz der Bildungspolitik der seit mehr als zehn Jahren regierenden großen Koalition erreicht worden; dann ist es wegen des großen Einsatzes derjenigen Lehrerinnen und Lehrer, die gegen die Schulpolitik der bisherigen Regierung durch ihren persönlichen Einsatz für eine menschliche und gute Schule gekämpft haben.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert zehrt das österreichische Bildungssystem von den finanziellen, pädagogischen und ideellen Ressourcen vergangener Zeiten. Doch die Signale, daß diese Ressourcen bald zur Neige gehen werden, sind unübersehbar.

1 . Die Kostenexplosion im Schulbereich nimmt dramatische Auswüchse an.

Der Hinweis der Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, daß durch den vermehrten Zustrom zu den höheren Schulen eine Aufstockung der Budgetmittel nötig sei, hat erneut daran erinnert, daß die Ausgabendynamik des Unterrichtsbudgets nach wie vor ungebrochen ist. '

In den letzten 10 Jahren haben sich die Aufwendungen des Unterrichtsressorts nahezu verdoppelt - dies trotz lediglich geringer Steigerung der Schülerzahlen.

Der Bundesvoranschlag für das Jahr 1997 sieht für das Kapitel 12: Unterricht und kulturelle Angelegenheiten Aufwendungen von öS 67, 165 Mrd. vor.

In einer im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst und des Bundesministeriums für Finanzen im Jahre 1994 durchgeführten, jedoch nie veröffentlichten Studie des Instituts für Höhere Studien (Lassnig, Pechar, Riedel: Finanzielle Aspekte der Schulentwicklung) wird eine Prognose der zu erwartenden Kostensteigerungen im Schulbereich berechnet.. Dabei erwarten die Autoren .in der negativsten der berechneten Varianten eine Steigerung der Ausgaben des Bundes bis ins Jahr 2000 auf ca. öS 74 Mrd. und eine weitere Steigerung bis ins Jahr 2010 auf öS 88 Mrd.

Dem Berechnungsszenario des IHS, das offensichtlich von der Realität bereits überholt wurde, liegt eine Steigerungsrate des Unterrichtsbudgets von jährlich ca. 3% zugrunde. Demnach ist aufgrund der heutigen Budgetlage ein weiterer Anstieg des Unterrichtsbudgets um jährlich öS 2 Mrd. zu erwarten.

Derzeit werden bereits an die 90o% des Unterrichtsbudgets für die Kosten des Lehrpersonals aufgewendet. Dieser Kostenanteil erfuhr in den letzten Jahren eine überproportionale Steigerung und stellt den Hauptverursacher der kommenden Budgetdynamik dar. Durch die nicht ausgewogene Altersstruktur der LehrerInnen und dem progressiven, mit automatischen Vorrückungen versehenen Gehaltsschema wird ein großer Teil der LehrerInnen in den nächsten Jahren höhere

Gehaltsstufen erreichen und damit einen automatischen und mit keinerlei Leistungsausweitung verbundenen Kostenanstieg verursachen.

Wenn zu diesem systembedingten Personalkostenanstieg zusätzlich ein höherer Bedarf an LehrerInnen kommt, erscheint ein jährlicher Anstieg des Unterrichtsbudgets um öS 3 Mrd. realistisch. Damit wird bis ins Jahr 2000 ein zusätzlicher jährlicher Budgetbedarf von öS 1 O Mrd. entstehen. Bei der Vorliegenden Schätzung handelt es sich um eine gemäßigte Berechnung. Schulpolitische ExpertInnen, wie der ehemalige steirische Landesschulratspräsident Bernd Schilcher warnten bereits vor zwei Jahren vor einer Kostensteigerung des Unterrichtsbudgets auf öS 120 Mrd. bis ins Jahr 2000 - wenn an den Strukturen nichts verändert wird.

2. Die Einkommensprivilegien der etablierten LehrerInnen werden nicht angetastet.

Die dramatische Kostenexplosion bei den Personalkosten ist den verantwortlichen PolitikerInnen im Unterrichtsressort seit Jahren bekannt - siehe die unter Verschuß gehaltene Studie des Instituts für Höhere Studien. Dennoch wurde in den letzten Jahren keinerlei Versuch unternommen, in dieser Hinsicht zu einer neuen Weichenstellung zu gelangen.

1995 wurden von Unterrichtsministerin Gehrer und dem damaligen Beamtenstaatssekretär Schlögl verschiedene Sparvarianten zu einer Eindämmung der Ausgabendynamik im Personalkostenbereich ventiliert:

- * Die Lehrverpflichtung sollte um 2 Stunden erhöht werden, bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterrichtseinheit auf 45 Minuten.

- * Die Mehrdienstleistungen im Bereich der höheren Schulen sollten abgeschafft und der Zulagenschungel an den Pflichtschulen durchforstet werden.

- * Die Anzahl der Unterrichtsstunden an HTLs von bis zu 40 Stunden pro Woche sollte wesentlich gekürzt werden.

- * Durch eine Umstellung des Besoldungsschemas sollte bei höheren Anfangsgehältern eine insgesamt flachere Einkommenskurve erreicht werden.

Keine einzige dieser Maßnahmen wurden bislang auch nur in Ansätzen tatsächlich verwirklicht. Was in den sogenannten Sparpaketen der letzten Jahre diesbezüglich verändert wurde, war nicht mehr als das Abschwächen der obszönsten Privilegien. So konnte bis vor der letzten Novelle des Gehaltsgesetzes die Lehrverpflichtung der Bundes- und LandeslehrerInnen aus gesundheitlichen Gründen auf 50% herabgesetzt werden und dennoch weiterhin 100% des

Monatsbezuges ausgezahlt werden. Der großartige Privilegienabbau bestand darin, daß nun bei einer Herabsetzung der Lehrverpflichtung auf 50% "nur mehr" 75% des Monatsbezuges zur Auszahlung gelangen, eine Maßnahme, die, wie es in den Erläuterungen zu diesem Gesetz heißt, "einen Kompromiß zwischen dem Prinzip einer leistungsgerechten Bezahlung und sozialen Erwägungen " darstelle.

Durch die Reformversäumnisse der letzten Jahre bleibt die besondere Situation der österreichischen LehrerInnen weiterhin bestehen.. Die OECD-Studie "Bildung auf einen Blick" (1996) stellt für den Primarbereich fest, daß die österreichischen LehrerInnen mit 709 Unterrichtsstunden pro Jahr um 10 bis 15% unter dem Durchschnitt der OECD-Länder liegen. Gleichzeitig zählt Österreich zu jenen Ländern, in denen die Schüler/Lehrer-Quote im Primarbereich außerordentlich gering ist. Mit einem Verhältnis von 12:1 an Volksschulen und einer durchschnittlichen Klassengröße Von 19 Kindern zählen die österreichischen Grundschullehrer zu den am geringsten belasteten Pädagogen des Grundschulbereichs im OECD-Vergleich.

Der vorliegende Rechnungshofbericht über den Landesschulrat für Steiermark zeigt, daß die vergleichsweise geringe zeitliche Belastung der österreichischen PflichtschullehrerInnen nicht unbedingt zu größerer Gesundheit des LehrerInnenstandes beiträgt: Laut Prüfbericht des RH traten von 1990 bis 1994 insgesamt 555 LandeslehrerInnen in den Ruhestand. 40% der männlichen und 75% der weiblichen Landeslehrer wurden wegen Dienstunfähigkeit vor Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt. Das Durchschnittsalter dieser in den Ruhestand versetzten Landeslehrer betrug bei den Männern 57,6 und bei den Frauen 52,4 Jahre.

Während die Lehrverpflichtung der PflichtschullehrerInnen mit 23 Stunden pro Woche bereits am unteren Ende in allen internationalen Vergleichen liegt, unterschreitet jene der LehrerInnen an höheren Schulen diesen Wert noch um beträchtliches. BundeslehrerInnen müssen durchschnittlich 20 Wochenstunden in der Klasse unterrichten, wobei je nach Unterrichtsfach eine Stunde verschiedene Wertigkeiten hat. Unterrichtet ein Lehrer oder eine Lehrerin Fächer wie Latein oder Deutsch, hat jede Stunde eine Wertigkeit von 1,167 wodurch eine de facto-Unterrichtszeit von 17 Wochenstunden entsteht. Das Österreichische Statistische Zentralamt hat in einer Befragung im Jahre 1992 erhoben, daß die durchschnittliche Arbeitszeit der österreichischen LehrerInnen bei 31,9 Stunden pro Woche lag.

Bezüglich der Schüler/Lehrer-Quote liegen die Werte der österreichischen höheren Schulen hingegen am einsamen Spitzenplatz: Auf einen AHS-Lehrer kamen im Schuljahr 1995/96 statistisch gesehen 9,4 Schüler, bei den BHS betrug das Verhältnis gar 1:8,5.

In allen öffentlichen Diskussionen über die Arbeits- und Einkommenssituation der österreichischen Bundeslehrer wird seitens der Interessenvertretungen auf die geringe Einkommenshöhe dieser Berufsgruppe verwiesen - was bei einem Gehaltsschema, das bei JunglehrerInnen bei ca. öS 22.000 brutto beginnt, auf den ersten Blick plausibel erscheinen mag. Ein OECD-Vergleich aus dem Jahre 1995 zeigte demgegenüber auf, daß die Einkommenschancen der österreichischen BundeslehrerInnen bezüglich der erreichbaren Endgehälter beträchtlich über jenen der verglichenen OECD-Länder (u.a. BRD, USA, -Schweden) liegen. Die Einkommensstatistik des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im "Bericht über die soziale Lage 1995" beseitigt schließlich jeden Zweifel über die finanzielle Vergütung der LehrerInnen an höheren Schulen. Demnach lag das Medianeinkommen (50% verdienen weniger und 50% verdienen mehr, als ..) der pragmatisierten BundeslehrerInnen per 1. Juli 1995 inkl. Überstundenentgelte bei monatlich öS 48.900,- (in Worten: achtundvierzigtausendneunhundert). Damit liegt die Berufsgruppe der BundeslehrerInnen nach den UniversitätsprofessorInnen und den BeamtenInnen der Schulaufsicht an dritter Stelle der Einkommenshierarchie - noch vor den RichterInnen/StaatsanwältInnen und UniversitätsassistentInnen.

Gemäß einer Erhebung des ÖSTAT lag das durchschnittliche Überstundenentgelt eines Bundeslehrers bzw. einer Bundeslehrerin (Pragmatisierte und Vertragsbedienstete) im Schuljahr 1994/95 bei öS 11.200,- brutto monatlich, zusätzlich zu einem durchschnittlichen Grundgehalt von öS 32.000,-. In absoluten Zahlen ausgedrückt gab es im Bereich der BundeslehrerInnen im Schuljahr 1994/95 einen Gesamtverbrauch von 755.423 Werteinheiten, was in Kosten ausgedrückt etwa öS 18,8 Mrd. beträgt. DaVon betrug der Anteil der Mehrdienstleistungen (Überstunden) öS 3,1 Mrd. und damit bereits ein Fünftel der gesamten Personalkosten in diesem Bereich.

3. Die jungen LehrerInnen bleiben auf der Strecke.

Die aufgelisteten Zahlen sind den verantwortlichen PolitikerInnen wohlbekannt. Sie zeigen, daß die sich immer weiter zuspitzende Budgetsituation im Unterrichtsbereich das Ergebnis jahrelanger Versäumnisse der regierenden Parteien sind. Die exorbitanten Steigerungen bei den Personalkosten sind die Konsequenz einer verantwortungslosen Personalpolitik im Schulressort. In Zeiten wirt-

schaftlicher Prosperität wurde der Personalstand mit "billigen," JunglehrerInnen aufgestockt, die sich durch das Besoldungsschema der Pragmatisierten (regelmäßige Gehaltsvorrückungen) nun als finanzielle Zeitbombe entpuppen. Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren über das Zulagenwesen im Pflichtschulbereich bzw. über die Mehrdienstleistungen im Bereich der höheren Schulen Einkommensprivilegien geschaffen, die in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Leistungen stehen.

Aber die Auflistung der statistischen Einkommenshöhe täuscht darüber hinweg, daß die Verdienstchancen bei den LehrerInnen äußerst ungleich verteilt sind. Während insbesondere junge Lehrerinnen und Lehrer an den Pflichtschulen ohne die Möglichkeit von Überstunden mit Gehältern zwischen öS 22.000 und 26.000,- auskommen müssen, lassen sich an höheren Schulen nach wie vor Einkommen jenseits von öS 100.000,- erzielen. Im Jahre 1995 hat der damalige Beamtenstaatssekretär Schlögl vorgerechnet, daß insgesamt 182 Lehrer an Abendschulen für Berufstätige Gehälter von über öS 100.000'- brutto erzielen. Die kosmetischen Reformen des 'Strukturpaketes' von 1996 haben an dieser ungerechten, leistungsfeindlichen und demotivierenden Situation nicht viel verändert. Anstelle der ursprünglich geforderten Abschaffung des Zulagenwesens und der Mehrdienstleistungen wurde die Verantwortung dafür auf die Länder verlagert. Diese müssen lediglich dafür sorgen, daß eine bestimmte durchschnittliche Höhe des Überstundenentgeltes nicht überschritten wird. Die Privilegien der LehrerInnen an Abendschulen wurden verkleinert, aber nicht abgeschafft.

Während die Aufrechterhaltung der ungleichen Einkommensverteilung innerhalb der Lehrerschaft einerseits zur Demotivation der jungen, oftmals engagierteren LehrerInnen beiträgt, sind die eigentlich Leidtragenden die arbeitslosen Junglehrerinnen und Junglehrer. Nach einer Untersuchung vom Februar 1997 warten derzeit österreichweit ca. 6.000 AbsolventInnen Von Pädagogischen Akademien und Lehramtsstudien auf eine Chance zur Anstellung im Schuldienst. Ihre Aussichten sind keineswegs erfreulich. Die zur Zeit pragmatisierten Lehrer sind großteils im Alter zwischen 40 und 50 Jahren' ein großer Pensionierungsschub wird daher erst in ca. 15 Jahren kommen. Wenn nicht andere Möglichkeiten gefunden werden, wird sich an der Junglehrerarbeitslosigkeit bis ins Jahr 2013 nichts ändern.

4. Pädagogischer Konservatismus verursacht zusätzliche Kosten in Milliardenhöhe. '

Österreich ist einer der letzten europäischen Staaten, dessen schulisches Beurteilungssystem noch immer fast ausschließlich auf Ziffernnoten aufgebaut ist. Dabei hat sich die - wissenschaftlich breit abgesicherte - Erkenntnis' daß "Noten" eine denkbar schlechte Form der Leistungsbeurteilung sind, durchaus bereits bis Österreich durchgesprochen: In schöner Regelmäßigkeit wird in Studien, Symposien, Diskussionen festgestellt' welche negativen Folgen mit dem "Notenkult" verbunden sind: Noten täuschen Objektivität vor, wo doch alle Untersuchungen bestätigen, daß gleiche Leistungen von verschiedenen LehrerInnen völlig unterschiedlich bewertet werden. Noten sind eher leistungshemmend als -fördernd, denn die gehäufte Rückmeldung von Mißerfolgen und der erniedrigende Vergleich mit den Klassenkameraden hemmt die Leistungsbereitschaft der langsamer lernenden Schülern. Schließlich, werden Noten oft als Disziplinierungsinstrument eingesetzt. Die Note als "Waffe in der Hand des Lehrers, um seine Schüler in Schach zu halten,' ist in Österreichs Klassenzimmern leider tägliche Realität.

Aber nicht nur die Ziffernnoten sind das Problem sondern der mit ihnen untrennbar verbundene Selektionsmechanismus' das "Sitzenbleiben": Österreich ist im europäischen Vergleich an der Spitze bei den RepetentInnenzahlen. Im Schuljahr 1994/95 mußten insgesamt über 52.000 SchülerInnen eine Klasse wiederholen. Die RepetentInnenquote betrug an den Allgemeinbildenden Pflichtschulen 2% an den Allgemeinbildenden Höheren Schulen 8,2% und an den Berufsbildenden Höheren Schulen bereits 13%! Den traurigen Spitzenwert bezüglich der "DurchfallerInnenquote" erreichen die Wiener Berufsbildenden Höheren Schulen mit einem Wert von 16 Prozent!

Mit dem "Sitzenbleiben" als Massenphänomen sind gleichzeitig hohe volkswirtschaftliche Kosten verbunden. Nimmt man die jährlichen Ausgaben pro SchülerIn als Maßstab, entstehen durch die hohen RepetentInnenzahlen jährliche Mehrbelastungen des Unterrichtsbudgets von rund öS 3 Mrd. In der oben erwähnten Studie des IHS über die "Finanziellen Aspekte der Schulentwicklung" wird geschätzt, daß sich durch eine Reduktion der RepetentInnenzahlen auf 50% die LehrerInnenpersonalkosten bis ins Jahr 2000 um jährlich öS 1 -1,5 Mrd. reduzieren ließen .

Neben den hohen volkswirtschaftlichen Kosten ist das "Sitzenbleiben", vor allem auch vom pädagogischen Gesichtspunkt gesehen' außerordentlich sinnlos. Wegen "Nicht genügend" in ein oder zwei Fächern auch alle anderen Gegenstände

wiederholen zu müssen, ist nicht nur sinnlos, es ist vor allem demotivierend.

Ganz zu schweigen von den sozialen Folgen des "Sitzenbleibens": Herauslösen aus dem Klassenverband, öffentliche Stigmatisierung etc.

Die Willkür, mit welcher in Österreich mittels des Repetierens über SchülerInnenkarrieren entschieden wird, zeigt der österreichweite Vergleich der RepetentInnenzahlen: Während im bundesweiten Durchschnitt "nur" 4,6% aller SchülerInnen das Klassenziel nicht erreichen, gestalten sich die Chancen in den einzelnen Bundesländern äußerst unterschiedlich. Laut einer Studie des ÖSTAT über das Schuljahr 1994/95 haben die steirischen SchülerInnen' statistisch gesehen, doppelt so gute Chancen wie ihre Wiener KollegInnen. In der Steiermark schließen mit 3,4% anteilmäßig nur halb so viele SchülerInnen negativ ab wie in Wien mit einer "SitzenbleiberInnen-Quote" von fast 7 Prozent!

Im Gleichklang mit der Erhöhung der RepetentInnenzahlen findet an Österreichs Schulen eine Verabschiedung aus der pädagogischen Verantwortung statt. Seit Jahren nehmen die privaten Aufwendungen für Nachhilfeunterricht kontinuierlich zu. 1996 hat eine repräsentative Umfrage der Arbeiterkammer Oberösterreich ergeben, daß die Ausgaben für Nachhilfe bereits auf öS 1,6 Mrd. pro Jahr gestiegen sind. Bereits rund 40% aller SchülerInnen brauchen außerhalb des Unterrichts eine/n LernhelferIn. 80% der Eltern sind der Meinung, daß in der Schule zu wenig erklärt würde. 75% der Eltern berichten, daß ihre Kinder über Lernstreß und Überlastung klagen, fast zwei Drittel gaben an, daß ihr Kind zumindest manchmal an Schul- und Prüfungsangst leidet.

5. Die zersplitterte Struktur des österreichischen Schulsystems führt zu hohen Kostenbelastungen und verursacht pädagogische wie organisatorische Probleme. Österreich leistet sich mit der frühen Segmentierung der Bildungsinstitutionen in Hauptschulen und Berufsbildende Höhere Schulen einerseits und Allgemeinbildende Höhere Schulen andererseits den Luxus eines im internationalen Vergleich hochgradig zersplitterten, pädagogisch fragwürdigen und überaus teuren Schulsystems. Die bereits Jahrzehnte währende Diskussion über dieses Thema zeigt, daß die eigentlichen Gründe für die Reformblockade in der ideologischen Erstarrtheit der verantwortlichen PolitikerInnen liegt.

Währenddessen ist die Schulrealität längst über diese verordnete Selektion hinweggeschritten. Die Struktur der Übertrittsraten von der Volksschule zur Hauptschule oder AHS ergibt sich Viel stärker aus der regionalen Verteilung als irgendeiner ohnehin nicht überprüfbaren begabungsmäßigen Verteilung. So steigen in Wien bereits über 60% der SchülerInnen in eine AHS oder eine Gesamtschule um; wobei auch innerhalb Wiens starke Unterschiede auftreten, die

die Abhängigkeit von der sozialen Schichtung deutlich erkennen lassen: So wechselten im Schuljahr 1996/97 im 1. Bezirk über 80% in eine AHS, im 13. Bezirk waren es 76% und im 18. Bezirk 67%. Völlig anders ist die Situation jedoch in eher ländlich geprägten Gebieten. Dort wird - nicht zuletzt mangels ausreichender AHS-Standorte - von zwei Dritteln der SchülerInnen nach der Volksschule vorerst ein Wechsel in die Hauptschule vorgezogen, wodurch sich gesamtösterreichisch ein zu den Großstädten konträres Bild ergibt. Die Übertrittsraten liegen hier in einem Verhältnis von 70:30 im Vergleich der Hauptschule mit den AHS.

Die Irrationalität dieser viel zu frühen äußeren Differenzierung bzw. der inhärente Mechanismus zur Fehlentscheidung zeigt sich an den weiteren Laufbahntscheidungen der österreichischen SchülerInnen. Während ca. 30% der AHS-SchülerInnen am Ende der Unterstufe in eine BHS wechseln, wählen umgekehrt ca. 35% der HauptschülerInnen den weiterführenden Bildungsweg zur Matura über eine AHS oder BHS, sodaß sich die Frage stellt, wozu die frühe Segmentierung dient' wenn diese für ein Drittel der SchülerInnen zu Fehlentscheidungen führt. Schließlich treten bereits an die 50% der AbsolventInnen berufsbildender höherer Schulen anschließend in ein Universitätsstudium ein, um dort - mit einem Jahr Verzögerung - auf Ihre KollegInnen aus der Langform der AHS zu treffen.

Die frühe Segmentierung der österreichischen Schule schafft nicht nur ein ungerechtes und mit dem Trend zur Fehlentscheidung versehenes Bildungssystem, sie verursacht auch Kosten in Milliardenhöhe, ohne irgend einen zusätzlichen Nutzen zu erzielen. Die unübersichtliche Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern verschärft die Problemlage zusätzlich. ExpertInnen aus dem Verwaltungsbereich schätzen die zusätzlichen Kosten des Nebeneinanders von Hauptschule und drei verschiedenen Formen einer gymnasialen Unterstufe auf mindestens öS 4 Mrd. pro Jahr.

Parallel zur Segmentierung in verschiedene Schultypen findet auch die Ausbildung der LehrerInnen in verschiedenen, deutlich voneinander getrennten Systemen statt - ohne daß es dafür eine sachliche Begründung gibt. Mit der Gleichzeitigkeit von Pädagogischen Akademien und der Lehramtsausbildung an Universitäten werden Doppelstrukturen aufrechterhalten, die eine Verdoppelung der Verwaltungskosten miteinschließen. Die daraus resultierenden unterschiedlichen Dienstrechte erschweren zusätzlich und unnötigerweise ein flexibles Reagieren auf eine Veränderung der Schülerströme zwischen Hauptschulen und AHS.

Die Schul- und Bildungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte und die beharrliche Verweigerung von Strukturreformen und Modernisierung seitens der Verantwortlichen haben die österreichische Schule in eine prekäre Lage gebracht. Um das alte System aufrechtzuerhalten und die darin eingebaute Kostendynamik zu bewältigen, bedarf es permanenter Einsparungen zu Lasten der pädagogischen Qualität. Gleichzeitig mangelt es an jeglichem finanziellen Spielraum, um den neuen Anforderungen an Bildung und Ausbildung durch innovative Politik und Modernisierung gerecht werden zu können. Neue Lernformen, die Integration neuer Medien in den Unterricht, die Vorbereitung auf die Informations- und Mediengesellschaft der Zukunft, der Ausbau von Institutionen des lebensbegleitenden Lernens als dritte Säule des Bildungssystems, das alles findet in den veralteten Strukturen keinen Platz - und es fehlen die finanziellen Mittel, um Neues zu schaffen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nachstehende

Dringliche Anfrage

1. Welche aktuellen Prognosen über die zu erwartenden Kostensteigerungen im Unterrichtsbereich liegen Ihnen vor? Stimmen Sie den zitierten Untersuchungen zu, daß es ohne strukturelle Reformen zu automatischen Kostensteigerungen von jährlich öS 2 bis 3 Mrd. kommen wird?
2. Wurden in Ihrem Ministerium bereits konkrete Berechnungen über den zusätzlichen Budgetbedarf bei den Personalkosten für die BundeslehrerInnen bzw. bei den Kostenersätzen für die LandeslehrerInnen bei unveränderten dienstrechtlichen Bestimmungen und stabilen SchülerInnenzahlen durchgeführt?
3. Welche Prognosen über die Entwicklung der SchülerInnenzahlen an österreichischen Schulen und dem damit verbundenen Finanzbedarf liegen Ihnen vor?
4. Aus welchen Gründen wurde die 1995 geplante Erhöhung der Lehrverpflichtung der Bundes- und LandeslehrerInnen um 2 Stunden bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterrichtseinheit auf 45 Minuten bis heute nicht umgesetzt?
5. Seit Jahren wird öffentlich über die Notwendigkeit einer Umstellung des Besoldungsschemas der österreichischen LehrerInnen nachgedacht. Welche diesbezüglichen Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach ergriffen werden? Welche diesbezüglichen Maßnahmen haben Sie bereits ergriffen?
6. Warum wurde mit einer Reform des Dienst- und Besoldungsschemas der Bundes- und LandeslehrerInnen noch nicht einmal begonnen?
7. Wie stehen Sie zu einer Erhöhung der Anfangsgehälter der österreichischen LehrerInnen bei insgesamt flacherer Einkommenskurve?
8. Halten Sie die Pragmatisierung für LehrerInnen an öffentlichen Schulen nach wie vor für sinnvoll? Wie stehen Sie zur Abschaffung der Pragmatisierung?
9. Wie erklären Sie, daß die österreichischen LehrerInnen laut der zitierten OECD-Studie eine um 10-15% geringere Lehrverpflichtung haben, als der Durchschnitt der OECD-Länder - bei einer Vergleichsweise besseren SchülerInnen/LehrerInnen-Quote und höheren Einkommenschancen?

10. Welche aktuellen Zahlen über die Einkommenssituation der österreichischen BundeslehrerInnen liegen Ihnen vor? Wie erklären Sie das an der oberen Grenze des Gehaltsschemas liegende Medianeinkommen der pragmatisierten BundeslehrerInnen laut dem zitierten Sozialbericht 1995 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales?

11. Wodurch ergeben sich die Unterschiede in den durchschnittlichen Kosten pro SchülerIn und Jahr zwischen AHS und BHS?

12. Welche Maßnahmen zu einem Abbau von Überstunden im Bereich der Bundesschulen haben Sie bislang ergriffen? Welche Auswirkungen haben diese Maßnahmen bisher gehabt?

13. Welche Maßnahmen zu einem Abbau von Überstunden im Bereich der Pflichtschulen haben Sie bislang ergriffen? Welche Auswirkungen haben diese Maßnahmen bisher gehabt?

14. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den derzeit ca. 6.000 arbeitssuchenden JunglehrerInnen eine Perspektive zu bieten?

15. Wie stehen Sie zur Idee einer radikalen Reduktion der Mehrdienstleistungen im Bereich der Bundesschulen und einer Verwendung der damit eingesparten Budgetmittel zur Anstellung derzeit arbeitsloser LehrerInnen?

16. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die im internationalen Vergleich übermäßig hohen RepetentInnenzahlen zu senken?

17. Welchen pädagogischen Vorteil sehen Sie darin, daß SchülerInnen, die beispielsweise in einem Fach einen negativen Abschluß haben, deshalb das gesamte Schuljahr und damit auch alle positiv abgeschlossenen Fächer wiederholen müssen?

18. Halten Sie es für vertretbar, daß seit Jahren durch die Kürzung von Wertseinheiten und Senkung der Unterrichtsstunden gespart wird, während gleichzeitig durch die hohe Quote an RepetentInnen Milliarden an zusätzlichen Kosten entstehen?

18. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die seit Jahren kontinuierlich steigenden Ausgaben für Nachhilfestunden zu stabilisieren bzw. zu senken? Welche Konsequenzen ziehen Sie aus der Tatsache, daß nahezu 40% der österreichischen SchülerInnen gelegentlich oder kontinuierlich Nachhilfestunden in Anspruch nehmen müssen?

19. Halten Sie die frühe Selektion der österreichischen SchülerInnen in unterschiedliche Schultypen für pädagogisch sinnvoll, obwohl alle Untersuchungen darauf hinweisen, daß diese aufgrund unsachlicher Kriterien erfolgt?
20. Welche Schlußfolgerungen ziehen Sie aus der Tatsache, daß der Zustrom zu Hauptschulen bzw. Gymnasien zwischen ländlichen Gebieten und den Großstädten (insbesondere Wien) völlig unterschiedlich verläuft?
21. Halten Sie es für vertretbar, daß das zersplitterte Schulwesen in Österreich jährliche Kosten in Milliardenhöhe verursacht, während gleichzeitig an den Schulen auf dem Rücken der SchülerInnen eine strenge Sparpolitik verfolgt wird?
22. Halten Sie es für vernünftig, wenn SchülerInnen der gleichen Schulstufe bei identen Lehrplänen von unterschiedlich ausgebildeten LehrerInnen unterrichtet werden?
23. Halten Sie es für gerecht, daß LehrerInnen, die Kinder der selben Schulstufe nach identen Lehrplänen unterrichten, dennoch unterschiedliche Einkommenschancen haben, je nachdem ob sie an einer AHS-Unterstufe oder einer Hauptschule unterrichten?
24. Welche Weichenstellungen werden Sie vornehmen, um die Integration der "neuen Medien" in den Unterricht und die Vorbereitung auf die Informations- und Mediengesellschaft der Zukunft zu gewährleisten?
25. Welche Weichenstellungen werden Sie vornehmen, um das lebensbegleitende Lernen als dritte Säule des österreichischen Bildungssystems zu etablieren?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne der Bestimmungen des § 93 Abs. 1 GOG des Nationalrates dringlich zu behandeln und der Erstunterzeichnerin Gelegenheit zur Begründung zu geben.